

Aktuelles aus dem Parlament

Nr. 11/2010

2. Dezember 2010

Das innenpolitische Thema Nr. 1 in dieser Woche war das Budget - natürlich auch im Nationalrat. Nach der Vorstellung unserer neuen Familienstaatssekretärin Verena Remler haben die Abgeordneten den Budgetvoranschlag 2011 erstmals debattiert. Im Folgenden fasse ich Euch meine Einschätzung des Budgets sowie die wichtigsten Beschlüsse dieser Nationalratswoche kurz zusammen.

Budget 2011: Solides Fundament trotz schwierigster Vorzeichen

Das Budget steht im Zeichen des Sparens. Das ist kein Selbstzweck: Wenn Österreich nicht rechtzeitig gegensteuert, geht es uns irgendwann so wie anderen Ländern, die durch hohe Defizite und ein Leben über staatliche Verhältnisse die Wirtschaftskrise nicht mehr alleine bewältigen können. Eine warnende Zahl: Mittlerweile werden für Zinszahlungen 11 % des gesamten Budgets verbraucht.

In seiner Budgetrede hat Finanzminister Josef Pröll dem Nationalrat das Budget orgestellt. Der rote Faden: so wenige neue Steuern wie möglich, dafür möglichst wirksames Sparen und Reformen. Die Neuverschuldung soll rascher sinken als ursprünglich gedacht und wird 2014 auf 2,2 % zurückgehen.

Es ist das Verdienst der ÖVP-Regierungsmitglieder, dass trotz vieler Einsparungen auch gezielte Offensivmaßnahmen möglich sind: Insgesamt 400 Millionen Euro stehen zusätzlich für Forschung, Bildung, Gesundheit und Gebäudedämmung zur Verfügung.

In intensiven Gesprächen ist es auch gelungen, ursprünglich befürchtete Härten zu entschärfen, ohne das Budgetziel zu gefährden. Für die Familien bleibt der Mehrkindzuschlag (zumindest in geringerer Höhe) erhalten. Für Studenten wird die Kürzung der verlängerten Familienbeihilfe je nach Studienrichtung und Alter differenziert. Vor Eintritt in die Invaliditätspension wird die Rehabilitation zwecks Verbleibs im Berufsleben verstärkt. Für das Burgenland besonders wichtig: Pendlerpauschale und Pendlerzuschlag werden um rund 10 % (statt wie geplant um 5 %) erhöht.

Transparenzdatenbank macht öffentliche Zuwendungen besser darstellbar

Einen besseren Überblick über staatliche Leistungen und damit einen Beitrag zu mehr Leistungsgerechtigkeit bringt die neue Transparenzdatenbank. Sie listet alle Förderleistungen des Bundes und der Länder an den einzelnen Bürger auf. Die Ziele der neuen Einrichtung, die auf eine Initiative von Vizekanzler Josef Pröll zurückgeht: Doppelförderungen können verhindert werden, Antragsteller haben es leichter beim Beibringen von behördlichen Nachweisen, öffentliche Mittel können zielgruppengerechter eingesetzt werden. Im Sinne des Datenschutzes haben nur der einzelne Bürger selbst sowie die zuständigen Behörden Zugang zu den Daten.

In meiner Plenarrede habe ich darauf hingewiesen, dass der notwendige ergänzende Beschluss des burgenländischen Landtags - so wie auch der aller anderen Bundesländer - bald erfolgen sollte, um die Datenbank in Gang setzen zu können.

Mehr Vorteile für Stromkunden

Mehr Wettbewerb unter Stromanbietern und zusätzliche Vorteile für die Kunden soll eine Novelle zum Elektrizitätswirtschafts- und organisationsgesetz bringen. Der Wechsel von einem Stromanbieter zum

nächsten wird künftig schneller und günstiger sein. Statt wie bisher in acht Wochen ist der Wechsel künftig in drei Wochen möglich. Die Kosten dafür verringern sich von 70 auf 30 Euro. Auch für die Einführung "intelligenter Stromzähler" hat der Nationalrat den Weg geebnet. Diese neuen Geräte ermöglichen detaillierte Aufschlüsse, wo wann wieviel Strom in einem Haushalt verbraucht wird.

Ich habe in meiner Plenarrede bekräftigt, was für die Stromkunden zählt: vergleichbare Preise, verständlich formulierte Stromrechnungen und eine leichte Möglichkeit des Anbieterwechsels.

Weitere Maßnahmen gegen Wirtschaftskriminalität und Terrorismus

Einstimmig hat der Nationalrat ein Gesetzespaket für den Justizbereich verabschiedet:

- Eine neue Kronzeugenregelung soll bei der Aufklärung von Korruptions- und Wirtschaftsverfahren helfen sowie bei Delikten mit einer Strafdrohung von über fünf Jahren. Wer als Kronzeuge mit den Behörden kooperiert, kann einer Anklage entgehen und stattdessen mit gemeinnützigen Arbeiten oder Geldbußen belegt werden.
- Eine neue Staatsanwaltschaft, die bei der Wiener Korruptionsstaatsanwaltschaft angesiedelt wird, spezialisiert sich auf große Fälle von Wirtschaftskriminalität.
- Die Teilnahme an islamischen Terrorcamps wird unter Strafe gestellt. Wer sich in derartigen Lagern ausbilden lässt, muss mit bis zu fünf Jahren Haft rechnen.

Schärfere Sanktionen gegen Autoraser

Raser müssen künftig länger ohne ihren Führerschein auskommen. Künftig hängt es vom Ausmaß der Übertretung ab, wie lange der Schein weg ist. Sechs Wochen Führerscheinentzug gibt es, wenn das Tempo 60 km/h innerorts bzw. 70 km/h Überland überzogen wird. Bei 80 km/h innerorts bzw. 90 km/h außerhalb wird der Führerschein zwölf Wochen eingezogen. Ab einer Überschreitung von 90 km/h innerorts bzw. 100 km/h Überland ist der Schein sechs Monate weg.

Gegen ausländische Raser hat die Polizei künftig mehr Handhabe. Ihnen kann nun so lange der Autoschlüssel abgenommen werden, bis die Geldbuße beglichen ist.

Unterstützung für Feuerwehr und Rettung

Für Hilfsorganisationen wird ein "Blaulichtführerschein" eingeführt. Mitarbeiter von Feuerwehr und Rettung dürfen Einsatzfahrzeuge nach Absolvierung einer Zusatzausbildung auch mit einem B-Führerschein lenken, wenn die Fahrzeuge das Höchstgewicht von 3,5 Tonnen geringfügig überschreiten.

Ärgernis für Konsumenten wird beseitigt

Auch um vermeintliche Kleinigkeiten kümmert sich der Gesetzgeber, vor allem wenn es um die Beseitigung eines Ärgernisses für Konsumenten geht. Eine Novelle des Maß- und Eichgesetzes bewirkt, dass beim Kauf von Wurst und anderen Frischwaren die Verpackung nicht mehr mitgewogen wird. Ihr Gewicht wird nach der Abwaage pauschaliert vom Preis abgezogen.

Parlamentsführungen

Für die Vorbereitung von **Gruppenführungen** durch das Parlament steht Euch bzw. Ihnen mein **Mitarbeiter Martin Wurglits** als Ansprechperson zur Verfügung (01/40110-4682, 0664/4546818, martin.wurglits@parlament.gv.at). Führungen sind an jedem Werktag möglich.

Mit den besten Wünschen und mit herzlichen Grüßen

Franz Glaser

Abgeordneter zum Nationalrat